Ansbacher Bürgerinitiative „Etz langt's" fordert Nachtflugverbot für Katterbach

Weiter Widerstand gegen Militärpräsenz

Urlas soll demnächst besetzt werden – Mit Unterschriftenlisten gegen Fluglärm

ANSBACH (mhz) – Noch mehr Informationen für die Bürgerschaft, um auch über die politischen Hintergründe der US-Präsenz in Ansbach aufzuklären: Das hat sich die Bürgerinitiative „Etz langt's" für die kommenden Monate auf die Fahnen geschrieben. Mehrere Aktionen sind vor allem gegen den Fluglärm und die Bebauung des Urlas' geplant, so steht die Forderung nach einem Nachtflugverbot für Katterbach obenan.

Drei Themenfelder will sich die Initiative vorknöpfen. Die anstehende Urlas-Bebauung, das aus deren Sicht mangelhafte Beschwerdemanagement der Stadt sowie weitere Maßnahmen gegen den Fluglärm.

Es sei „schockierend", dass mit dem Beginn der Bauarbeiten auf dem Urals „überstürzt Fakten geschaffen" würden, obwohl noch nicht einmal das Hauptverfahren in der Klage der Naturschützer gegen das Projekt eröffnet worden sei, sagte „Etz langt's"- Sprecher Boris André Meyer beim Pressegespräch. Auch sei noch nicht entschieden, wie die „Militärsiedlung" an die B14 angebunden werden solle. Durch die Bauarbeiten sei der Wert des Geländes schon irreparabel vermindert worden, fürchtet auch Bernd Horbaschek, Kreisvorsitzender des Bund Naturschutz. Nun will die Initiative bald mit einer „Urlas-Besetzung" dagegen protestieren; der Termin werde noch bekannt gegeben, hieß es.

Mit dem angekündigten Beschwerdemanagement habe die Stadt ihr Ziel wohl nicht erreicht, meinte Meyer. Beschwerdeführer hätten keinerlei Rückmeldungen erhalten, eine „unprofessionelle Vorgehensweise". Außerdem habe man entgegen den Ankündigungen noch keine Daten von der Kölner Flugsicherung eingeholt.

Mit einer neuen Unterschriftenaktion will die Initiative dem Hubschrauberlärm zu Leibe rücken. Dabei ist man – gestützt auf verschiedene Gesundheitsstudien – davon überzeugt, dass die Auswirkungen des Lärms weithin unterschätzt werden. Gerade Hubschrauber seien aufgrund des „Klopfens und Knatterns" sowie der hohen Feinstaubbelastungen besonders gefährlich. Weniger Flugstunden, ein Nachtflugverbot für Katterbach sowie Schadstoff-Messungen, das sind die zentralen Forderungen. Die Liste soll im April an die Lärmschutzkommission übergeben werden.

Vor allem die politischen Hintergründe hat Heinz Kreiselmeyer im Auge. So bereite man derzeit die zweite Ausgabe der „Urlas-Info" vor, mit der man die Bevölkerung aufklären wolle. Zwar wolle man keine Panikstimmung verbreiten, so Kreiselmeyer; doch müsse man die jüngsten Warnungen vor einer erhöhten Terrorgefahr in Deutschland ernst nehmen: „Durch die Militärpräsenz wird die Region erheblich gefährdet und die Umgebung der Standorte zur Zielscheibe für Angriffe." Hier müsse eine offene Diskussion über die eigentlichen Ursachen und Hintergründe der US-Präsenz möglich sein, forderte er. Doch habe man nach wie vor den Eindruck, dass sich viele politisch Verantwortliche wegduckten. Dabei müsse man sich den Gefahren „rational stellen".

Anhaltende Bauarbeiten auf dem Urlas-Gelände: Die Präsenz der US-Armee erhöht nach Meinung der Kritiker die Terrorgefahr. Naturschützer befürchten zudem irreparable Schäden an Flora und Fauna. *Foto: Albright*

Fränkische Landeszeitung, 3. Februar 2009